



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 18

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

# Mitteilungen

## der Deutschen Volksräte Polens und Westpreußens

Nr. 18

Verantwortlich: Carl Georg Bruns  
Schriftleitung: Bromberg, Welzienplatz 1 III  
Fernruf Nr. 321

9. Juli 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Aus der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte. Eine bössartige Entstellung — Pressestimmen: 1. Deutsche Presse. 2. Polnische Presse — Kleine Nachrichten.

### Materialien zur ostdeutschen Frage

#### Aus der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte

Wir geben nachstehend den Teil der feindlichen Denkschrift, der sich auf die Ostmarken bezieht. Aktuelles Interesse bieten die Ausführungen nach der Unterzeichnung des Friedens ja nicht mehr. Aber wir dürfen nie vergessen, mit welcher Leichtfertigkeit in Versailles mit unserem Schicksal umgesprungen ist.

#### Sektion VII

##### Polen

Bei der Behandlung des Problems der deutschen Ostgrenze müssen zwei Grundprinzipien festgestellt werden.

Das erste ist, daß die alliierten und assoziierten Mächte sich in besonderem Maße verpflichtet erachten, den von ihnen errungenen Sieg dazu zu benutzen, um der polnischen Nation die Unabhängigkeit wiederzugeben, deren sie vor mehr als einem Jahrhundert in ungerechter Weise beraubt worden ist. Dieser Raub war eine der größten Ungerechtigkeiten, welche die Geschichte verzeichnet, ein Verbrechen, das mit den von ihm hinterlassenen Erinnerungen und Folgen für lange Zeit das politische Leben eines großen Teiles des europäischen Kontinents vergiftet hat. Die Besitznahme der Westprovinzen Polens ist für Preußen eines der wesentlichsten Mittel gewesen, durch welche es seine militärische Macht aufgebaut hat. Die Notwendigkeit, diese Provinzen streng unterworfen zu halten, hat erst das ganze politische Leben Preußens und später das Deutschlands verdorben.

Die erste Pflicht der Alliierten ist: die Wiedergutmachung dieser Ungerechtigkeit. Sie haben sich zu dieser Pflicht ohne Unterbrechung während des Krieges bekannt, selbst in den Tagen, in denen es manchem hätte scheinen können, daß die Aussicht auf den Enderfolg sehr entfernt war. Jetzt, nachdem der Sieg errungen ist, ist die Erreichung des Zieles, das man sich gesetzt hat, möglich. Die Wiederherstellung Polens war bereits freiwillig von der russischen Reichsregierung bewilligt worden. Ihre Verwirklichung ist durch den Zusammenbruch der Zentralmächte gesichert.

Das zweite Grundprinzip, das die Alliierten aufgestellt haben und zu dem sich Deutschland förmlich bekannt hat, lautet dahin, daß dem wiederhergestellten Polen diejenigen Gebiete wiedergegeben werden, die heute von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnt werden.

Das sind die Grundsätze, welche die Alliierten bei der Festsetzung der östlichen Grenzen Deutschlands geleitet haben; und auf ihnen bauen sich die Friedensbedingungen streng auf.

### Posen und Westpreußen

In den wesentlichsten Teilen des alten Königreichs Polen, die in diesem Augenblick einen Teil der preußischen Provinzen Posen und Westpreußen bilden, ändert die Anwendung des zweiten Grundsatzes nur wesentlich die des ersten. Im Augenblick der Teilung waren diese Gebiete von einer polnischen Majorität bewohnt; mit Ausnahme einiger Städte und gewisser Bezirke, wo deutsche Kolonisten sich eingenistet hatten, war das Gebiet nach Sprache und Nationalgefühl vollkommen polnisch. Gäßen die alliierten und assoziierten Mächte das Gesetz des historischen Rechts in all seiner Strenge angewandt, so wäre die Rückgabe fast dieser ganzen beiden Provinzen an Polen gerechtfertigt gewesen. In Wahrheit haben die alliierten und assoziierten Mächte dies nicht getan. Sie haben in wohlbedachter Absicht den auf das geschichtliche Recht gegründeten Anspruch unbeachtet gelassen, weil sie auch den Anschein der Ungerechtigkeit vermeiden wollten, und sie haben Deutschland die Gebiete überlassen, die im Westen an das deutsche Territorium angrenzen und in denen in unbestreitbarer Weise das deutsche Element überwiegt.

Außerhalb dieser Gebiete bestehen, dies ist richtig, gewisse oft weit von der deutschen Grenze entfernte Zonen, wie z. B. Bromberg, wo die Deutschen in der Mehrzahl sind. Es wäre unmöglich eine Grenze zu ziehen, die die umgebenden rein polnischen Gebiete zu Polen schließe und diese Zonen an Deutschland überließe. Die eine oder andere Partei muß zum Opfer bereit sein; wird dies Prinzip anerkannt, so ist kein Zweifel darüber möglich, welcher Partei das Vorzugsrecht zuzubilligen ist. So zahlreich die Deutschen in diesen Regionen sein mögen, die Zahl der Polen, die hier betroffen werden, ist ihnen überlegen. Diese Gebiete Deutschland überlassen, hieße die Majorität der Minorität opfern. Überdies muß man sich die Methoden ins Gedächtnis zurückrufen, mit denen die Deutschen in gewissen Gebieten ihr Übergewicht erreicht haben. Die deutschen Kolonisten, die deutschen Einwanderer, die deutschen Bewohner sind nicht allein auf Grund natürlicher Ursachen gekommen. Ihre Anwesenheit ist die unmittelbare Folge der von der preußischen Staatsregierung befolgten Politik; die preußische Regierung hat ihre ungeheuren Hilfsmittel nutzbar gemacht, um die eingeborene Bevölkerung des Besitzes zu entsetzen und an ihre Stelle eine nach Sprache und Nationalität deutsche Bevölkerung hinzusetzen. Sie hat in dieser Weise zu handeln bis zum Vorabend des Krieges fortgeföhrt, und zwar mit einer ausnehmenden Härte, die selbst in Deutschland Protestkundgebungen hervorgerufen hat. Wollte man zugeben, daß eine Politik dieser Art dauernde Rechte auf ein Land schaffen könne, so hieße das die flagrantesten Handlungen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung ermutigen und belohnen.

Um jede Möglichkeit von Ungerechtigkeiten auszuschalten, haben die alliierten und assoziierten Mächte von neuem die westlichen Grenzen Polens sorgfältig geprüft; diese Prüfung hat gewisse einzelne Veränderungen zur Folge gehabt, die in der Absicht geschehen sind, in noch genauere Weise die Grenze der Linie der ethnographischen Demarkation anzupassen. Diese Veränderungen werden im ganzen eine Verminderung der Zahl der an Polen kommenden Deutschen zur Folge haben. Insbesondere haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, sich streng an die geschichtliche Grenze zwischen Pommern und Westpreußen zu halten, so daß in dieser Gegend kein Teil Deutschlands, der außerhalb des alten Königreichs Polen gelegen wäre, an Polen gelangt. Es ist nicht sicher, daß diese Veränderungen in der Praxis Verbesserungen bedeuten werden. Es ist sogar möglich, daß die Tatsache einer genaueren Befolgung der Volksgrenze lokale Unbequemlichkeiten hervorruft.

### Oberschlesien

Ein großer Teil der deutschen Antwort ist der ober-schlesischen Frage gewidmet. Es wird zugegeben, daß dieses Problem von dem Posener und dem westpreußischen

geteilt wurde, nicht diesem Staate angehörte. Man kann der Auffassung sein, sich unterscheidet, und zwar deswegen, weil Oberschlesien zu der Zeit, als Polen daß Polen keinen rechtlichen Anspruch auf die Abtretung Oberschlesiens hat; aber feierlich muß erklärt werden, daß die Behauptung, es hätte keine Rechte darauf, die durch die Prinzipien Wilsons gestützt würden, nicht der Wahrheit entspricht. In den Bezirken, deren Abtretung in Frage steht, ist die Mehrheit der Bevölkerung unbestreitbar polnisch. Alle deutschen Spezialwerke, alle Schulhandbücher lehren die deutschen Kinder, daß die Bewohner nach Ursprung und Sprache Polen sind. Die alliierten und assoziierten Mächte hätten vollkommen die Grundsätze verletzt, zu denen die deutsche Regierung sich selbst bekannt hat, wenn sie nicht den Rechten der Polen auf dieses Gebiet Rechnung getragen hätten.

Die deutsche Regierung indes bestreitet jetzt diese Schlußfolgerungen. Sie weigert sich, die polnischen Bestrebungen der Bewohnererschaft anzuerkennen. Sie behauptet, daß die Trennung des Gebiets von Deutschland weder den Wünschen noch den Interessen der Bevölkerung entspricht. Unter diesen Bedingungen sind die alliierten und assoziierten Mächte geneigt, die Entscheidung der Frage denjenigen zu überlassen, die besonders davon betroffen werden. Sie haben demnach beschlossen, daß das Gebiet nicht unmittelbar an Polen abgetreten werden soll, sondern daß Maßnahmen getroffen werden, um dort ein Plebiszit stattfinden zu lassen.

Sie wären glücklich gewesen, hätten sie dieses Plebiszit vermeiden können, denn die Maßregel wird erst nach Verlauf einer beträchtlichen Zeit vorgenommen werden können; sie wird die zeitweilige Okkupation des Gebiets durch fremde Truppen notwendig machen. Um die volle Freiheit der Abstimmung zu sichern, wird die Schaffung einer unabhängigen Kommission (im französischen Text: Commission independante, im englischen Text: separate Commission) mit der Aufgabe, das Gebiet während der dem Plebiszit vorangehenden Zeit zu verwalten, erforderlich sein.

Überdies ist in der Absicht, es zu verhindern, daß Deutschland willkürlicher Weise der für seine Industrie notwendigen Rohstoffe beraubt würde, dem Vertrage ein Artikel hinzugefügt worden, welcher bestimmt, daß die Mineralprodukte, einschließlich der Kohle, die in irgendeinem an Polen übertragenen Teile Oberschlesiens erzeugt werden, von Deutschland zu denselben Bedingungen wie von den Polen selbst gekauft werden können.

Um jeder Kritik, die sich auf die Folgen einer Gebietsübertragung an Polen bezieht, Rechnung zu tragen, machen die alliierten und assoziierten Regierungen, geleitet von dem Wunsche, Sicherungen hinsichtlich der Liquidation deutschen Eigentums zu schaffen, Vorschläge, deren Einzelheiten weiter unten bei den Bestimmungen, die sich auf Eigentum und Interessen beziehen, sich finden.

Die Wiederherstellung des polnischen Staates ist eine große geschichtliche Tat, die sich nicht vollziehen kann, ohne viel Beziehungen zu zerbrechen, ohne viel zeitweilige Schwierigkeiten zu verursachen und ohne eine größere Anzahl von Personen in Unruhe zu setzen, aber die alliierten und assoziierten Mächte haben es sich ganz besonders angelegen sein lassen, den Deutschen, die an Polen kommen sollen, ebenso wie allen anderen in Religion, Rasse oder Sprache sich ergebenden Minderheiten ernsthaften Schutz angedeihen zu lassen. Eine Klausel des Vertrages sichert ihnen Religionsfreiheit, das Recht des Gebrauchs ihrer Sprache und auch das Recht, ihre Kinder in ihrer eigenen Sprache erziehen zu lassen. Sie werden keinerlei Verfolgung kennen, die der ähnlich wäre, die die Polen von seiten des preußischen Staates zu erdulden hatten.

## Sektion IX

## Ostpreußen

Die deutsche Reichsregierung erklärt, sie könne keinerlei Lösung annehmen, durch welche Ostpreußen vom übrigen Deutschland getrennt werde. Demgemäß ist es notwendig, daran zu erinnern, daß Ostpreußen mehrere Jahrhunderte hindurch tatsächlich so vollkommen für sich bestand, daß es bis 1866 in keinem Augenblick in Wahrheit als innerhalb der politischen Grenzen Deutschlands liegend angesehen wurde; die deutschen Geschichtsschreiber haben stets anerkannt, daß Ostpreußen kein Land deutschen Ursprungs ist, sondern eine deutsche Kolonie. Zweifellos wäre es für Deutschland bequemer, daß dieses durch das deutsche Schwert eroberte und seinen Ureinwohnern entrissene Land in unmittelbarer Berührung mit dem wahren Deutschland bliebe, aber das, was für Deutschland erwünscht wäre, gibt keinen genügenden Grund ab, um die Fortsetzung der Zerreißung und Zerstückelung einer anderen Nation zu rechtfertigen. Überdies sind die Interessen an einer Landverbindung mit Deutschland, die bei den an Zahl noch nicht zwei Millionen erreichenden deutschen Einwohnern Ostpreußens obwalten, nicht in demselben Maße vital wie das Interesse der ganzen polnischen Nation an der Erlangung eines direkten Zugangs zum Meere.

Der Handel Ostpreußens mit dem übrigen Deutschland vollzieht sich größtenteils über See. Für den Handel der Provinz wird es wenig bedeuten, daß Westpreußen an Polen zurückgegeben wird; aber für Polen ist es wesentlich, unmittelbare und ununterbrochene Verbindungen mit Danzig und der übrigen Küste zu haben vermittels Eisenbahnlinien, die ganz unter der Kontrolle des polnischen Staates stehen. Die Unbequemlichkeiten, die sich aus der neuen Grenzziehung für Ostpreußen ergeben, fallen nicht ins Gewicht, wenn man sie mit denen vergleicht, die jedes andere Arrangement für Polen verursachen würde.

Überdies ist die Bedeutung des Schienenweges, der Ostpreußen mit Deutschland verbindet, vollkommen im Vertrage anerkannt worden, und es sind Bestimmungen zu diesem Zwecke in ihm aufgenommen worden. Diese Bestimmungen sind einer sehr sorgfältigen Revision unterzogen worden, und sie geben die vollkommenste Gewißheit, daß die Verbindungen durch das polnische Territorium auf keinerlei Hindernis treffen werden.

Es ist schwer, die Einwendungen zu begreifen, die von deutscher Seite gegen das Plebiszit erhoben werden, das in gewissen Gebieten Ostpreußens stattfinden soll. Nach allen Informationen gibt es in dem Gebiet von Allenstein eine beträchtliche polnische Majorität. Demgegenüber behauptet die deutsche Note, daß dieses Gebiet nicht von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnt sei, und sie deutet an, daß die Polen eine Trennung von Deutschland nicht wünschen. Gerade wegen der Zweifel, die möglicherweise in bezug auf die politischen Sympathien der Bewohnerschaft bestehen, haben die alliierten und assoziierten Mächte die Veranstaltung eines Plebiszits in diesem Gebiet beschlossen. Wo die Zugehörigkeit einer Bevölkerung nicht zweifelhaft ist, ist ein Plebiszit nicht vonnöten; wo Zweifel bestehen, drängt es sich auf. Man bemerkt mit Überraschung, daß die Deutschen in demselben Augenblick, wo sie sich zur Annahme des Grundsatzes der freien Verfügung der Bevölkerung bekennen, diejenigen Mittel verweigern, die die Anwendung dieses Grundsatzes in deutlichster Weise ermöglichen.

## Sektion X

## Memel

Die alliierten und assoziierten Mächte weigern sich, zuzugeben, daß die Abtretung des Gebietes von Memel dem Nationalitätenprinzip entgegengesetzt sei. Das fragliche Gebiet ist immer litauisch gewesen, die Mehrheit der Bevölkerung ist nach Ursprung und Sprache litauisch. Die Tatsache, daß die Stadt Memel selbst zu einem großen Teile deutsch ist, rechtfertigt in keiner Weise das Verbleiben des ganzen Gebietes unter deutscher Hoheit, insbesondere deswegen nicht, weil der Memeler Hafen Litauens einzigen Ausgang zur See darstellt.

Es ist beschlossen worden, daß Memel und das benachbarte Gebiet den alliierten und assoziierten Mächten überlassen werden, weil die staatliche Zugehörigkeit der litauischen Territorien noch nicht bestimmt ist.

## Sektion XI

### Danzig

Die deutsche Note erklärt, daß die deutsche Reichsregierung „den Raub zurückweisen muß, der an Danzig begangen werden soll und den Anspruch auf das Verbleiben Danzigs und seiner Umgebung beim Deutschen Reiche aufrecht erhalten muß“. Eine solche Sprache beweist, so scheint es, eine gewisse Verlehnung der wirklichen Lage. Die für Danzig vorgeschlagene Lösung ist mit genauester Sorgfalt ausgearbeitet worden und wird den Charakter bestätigen, den die Stadt Danzig durch Jahrhunderte bis zu dem Tage gehabt hat, an welchem sie durch Gewalt und entgegen dem Willen ihrer Bewohner dem preußischen Staate einverleibt worden ist. Die Danziger Bevölkerung ist der großen Mehrzahl nach deutsch und ist dies seit langer Zeit gewesen. Eben aus diesem Grunde geht der Vorschlag nicht dahin, die Stadt dem polnischen Staate einzuverleiben. Aber als Danzig eine Hansestadt war, befand es sich wie viele andere Hansestädte außerhalb der politischen Grenzen Deutschlands und war mit Polen vereinigt, bei welchem Staate es jahrhundertlang weitgehender lokaler Unabhängigkeit und einer großen Handelsblüte sich erfreut hat. Es wird sich nun von neuem in einer Lage befinden, die der während so vieler Jahrhunderte von ihm eingenommenen ähnelt. Die wirtschaftlichen Interessen Danzigs und die Polens sind identisch. Danzig, der größte Weichselhafen, braucht vor allem enge Beziehungen zu Polen. Die Einverleibung Westpreußens mit Danzig in Deutschland hat Polen des direkten Zugangs zur See, auf den es ein Recht hatte, beraubt. Die alliierten und assoziierten Mächte schlagen vor, daß dieser direkte Zugang ihm zurückgegeben wird. Es genügt nicht, daß Polen das Recht erhält, sich deutscher Häfen zu bedienen. Von so geringer Ausdehnung der Teil der Küste, der polnisch ist, auch sein mag, er muß an Polen zurückgegeben werden. Polen verlangt, und zwar gerechterweise, daß die Verwaltung und Entwicklung desjenigen Hafens, der seinen einzigen Meerausgang darstellt, in seinen Händen sich befinden, und daß die Verbindungen zwischen diesem Hafen und Polen keiner fremden Kontrolle unterworfen werden, so daß unter diesem Gesichtspunkte, der für die nationale Existenz Polens einer der wichtigsten ist, der polnische Staat auf den Fuß der Gleichheit mit den anderen Staaten Europas gestellt wird.

### Eine bössartige Entstellung

Die „Danziger Zeitung“ Nr. 289 vom 26. Juni bringt folgenden Bericht unter der Überschrift: „Die aktiven Unteroffiziere Danzigs gegen bewaffnete Sonderaktion im Osten. Mahnung zur Ruhe, Besonnenheit, Gehorsam und ordnungsmäßigen Räumung.“ Die Vereinigung aktiver Unteroffiziere der Garnison Danzig hatte zu gestern nachmittag im großen Saale der Sporthalle eine Vollversammlung der aktiven Unteroffiziere sämtlicher Danziger Formationen einberufen, die einen außerordentlich starken Besuch aufwies. Es sprachen zunächst die Vertreter der politischen Parteien, sowie ein Mitglied des

Ausschusses der Vereinigten Deutschen Volksräte und schließlich als Vertreter des Generalstabes des 17. Armeekorps Major Wagner. Die Stimmung der Versammlung wandte sich einmütig gegen jede bewaffnete Sonderaktion im Osten, die als heller Wahnsinn beurteilt wurde. Als Forderungen des Augenblicks wurden von dem Vertreter des Generalstabes bezeichnet: Ruhe, Würde, Gehorsam gegen die Regierung in Berlin, sowie peinlichste Ausführung aller Verpflichtungen, die das Reich anordne und befehle.

Über die mehr als dreistündigen Verhandlungen geht uns folgender Bericht zu: Als erster Redner nach Eröffnung der Versammlung sprach das Mitglied der Natio-

onalversammlung Hermann Schulz-Elbing namens der mehrheitssozialistischen Partei. Redner führte aus:

Die Würfel sind gefallen. Die Nationalversammlung hat die Regierung beauftragt, die Friedensbedingungen der Entente zu unterschreiben. Die schwere Frage für den Osten sei jetzt: Was tun? Es gäbe ja leichsinnige Stimmen, die dazu raten, hier im Osten auf eigene Faust vorzugehen und bewaffneten Widerstand zu leisten. Hier vor müsse man energisch warnen. Wir würden auf diese Weise in denselben Taumel hineingehen, wie im August 1914, aus dem wir so furchtbar ernüchtert herauskamen. Auch im August 1914 ist das deutsche Volk in eine Siedehitze hineingehetzt worden. Das sollte uns eine Lehre sein, und wir sollten uns hüten, uns wieder von gewissenlosen Hezern in einen derartigen chauvinistischen Taumel hineinzuziehen zu lassen. Es muß niedriger gehängt werden, wenn Geheimrat Kleinow-Bromberg in der „Täglichen Rundschau“ alle diejenigen, die den Friedensvertrag angenommen haben, als Lumpen bezeichnet. Im Westen und in Mitteldeutschland bis tief nach Ostdeutschland hinein sei die Stimmung für Unterschreiben gewesen. In Weimar seien Stöße und abermals Stöße von Telegrammen eingelaufen, in denen aufgefordert wurde: „Unterschreibt!“ Die Entente hat heute noch zehnmal soviel Truppen im Westen, als wir augenblicklich besitzen. Auch unsere eigene Generalität in Berlin hat von bewaffnetem Widerstand abgeraten, denn mit der heroischen Geste und Phrase sei es nicht getan. Man müsse den Tatsachen nüchtern ins Auge sehen.

In dem Augenblicke der Ratifikation des Vertrages müssen wir im Osten uns fügen. Andernfalls würde die Entente das als einen Bruch des Vertrages ansehen und einfach im Westen einmarschieren. Schon aus diesem Grunde sei es gegen die deutschen Brüder in der Republik geradezu ein Verbrechen, hier zu bewaffneten Sonderaktionen aufzureizen. Das Ende dieser Sonderaktion würde ein Ende mit Schrecken sein. Möge man dem deutschen Volke nicht vorreden, die Entente rücke nicht ein. Wir wissen es besser. Die Abgeordneten aus den besetzten Gebieten

haben uns die Wahrheit erzählt: die Entente hätte es lieber gesehen, wir hätten nicht unterschrieben, damit sie hätten einrücken können. Seien wir einig! Stellen wir uns hinter die Regierung! Verwerfen wir sämtliche Putsche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, denn genau wie 1914 würden auch jetzt die eigentlichen Hezer nicht kämpfen, sondern hinten in Sicherheit sitzen und andere für sich kämpfen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Neubauer gab im Namen der Zentrumspartei die Erklärung ab, daß seine Partei allezeit eine gut deutsche Partei bleiben und auch nach der Abtretung Westpreußens ihr Deutschtum nie verleugnen werde. Auch dieser Redner betonte, daß man sich mit den vollendeten Tatsachen abfinden und daher jeden bewaffneten Widerstand verurteilen müsse.

Herr Raube von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei unterstrich im wesentlichen die Ausführungen des Abgeordneten Schulz-Elbing. Er bezeichnete die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, hier im Osten einen neuen Krieg zu entfesseln, als eine Verantwortungslosigkeit sondergleichen und als ein Verbrechen am ganzen Volke. Der Plan des Geheimrats Kleinow, der auf die Ausrufung zweier Ostrepubliken hinging, war nicht nur ein grenzenloser Leichtsinn, sondern verbrecherischer Hochverrat. Bei der Partei des Redners seien Hunderte von Briefen von Freiwilligenverbänden eingelaufen, die energisch gegen einen weiteren Kampf nach Friedensunterzeichnung protestierten. Die Truppe hätte die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, die Maßnahmen der Regierung auszuführen, andernfalls sie die Volks- und Reichsinteressen empfindlich schädige. Redner verurteilte die Versenkung der deutschen Flotte in der Scapa Flow; diese sehr erhebliche Summe werde dem deutschen Volke natürlich angerechnet werden. Weiter wandte sich Redner scharf gegen die deutscherseits vorgekommenen Provokationen an der polnischen Demarkationslinie.

Als Vertreter der deutschen demokratischen Partei sprach deren Sekretär, Herr Miro. Er verurteilte den Gewaltfrieden und be-

merkte, daß die Mitglieder der Demokratischen Partei die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt hätten wegen der Undurchführbarkeit der Bedingungen. Trotzdem sei er überzeugt, daß den Mitgliedern der jetzigen Regierung, die die Verantwortung der Unterzeichnung auf sich genommen haben, in dieser Stunde das Herz schwerer gewesen sei als denen, die Nein gesagt hätten. Er sei der Meinung, daß es jetzt, nachdem wir vollendeten Tatsachen gegenüberstehen, keinen Zweck mehr habe, im Osten auf eigene Faust Sonderaktionen zu unternehmen. Wir würden mit der zertrümmerten Heeresmacht im Osten allein auf uns angewiesen sein. Wenn die Entente Danzig besetze, würden unsere Truppen vor sich die Polen und hinter sich die Entente haben. Der dann kommende Zusammenbruch sei mit der kühnsten Phantasie nicht auszumalen. Dann wäre das Deutschtum im Osten ganz und gar niedergeworfen. Statt unsere Kraft mit nutzlosen Putsch zu vergeuden, müssen wir in Zukunft darauf bedacht sein, das Deutschtum in den abgetretenen Gebieten zu erhalten und zu stärken. (Lebhafter Beifall.)

Sodann sprach als letzter Referent Herr Wittmeyer als Mitglied des Ausschusses der Vereinigten Deutschen Volksräte Ostpreußens, Westpreußens und des Regedistrits. Er gab zunächst eine ausführliche Schilderung der Aufgaben, Zwecke und Ziele der Deutschen Volksratspolitik und erklärte, daß an verschiedenen Stellen Mißgriffe der Volksräte gemacht worden seien. Der Fehler sei gegangen, daß man die Volksräte nicht auf demokratischer Grundlage, sondern auf aristokratischer Basis organisiert habe. Das habe sich bitter gerächt. Man habe den Volksräten deshalb vorgeworfen, Förderer der Reaktion zu sein, und sie monarchistischer Putschversuche bezichtigt. Nur so hätte das Gerücht entstehen können, daß die Volksräte im Osten eine Monarchie mit dem Herzog von Mecklenburg an der Spitze errichten wollten. Die Volksräte wollten allerdings, so führte Nedner weiter aus, die Errichtung einer Ostrepublik, die nach einer Unterschrift des Friedensvertrages selbständig bewaffneten Widerstand leisten sollte. Heute stände man aber vor dem Zusammenbruche der Volks-

räte-Politik, denn alles sei wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Da nach diesem Zusammenbruche keine Veranlassung mehr vorliege, die Pläne, die man ausführen wollte, zu verschweigen, könne er (Nedner) hierüber folgendes mitteilen:

In der nördlichen Ostrepublik sollte Reichskommissar Winnig die Führung übernehmen, die Oberpräsidenten von Batocki und Schnadenburg, sowie der stellvertretende Oberpräsident v. Bülow sollten eine Regierung auf demokratischer Grundlage bilden, die übrigen Behörden sollten weiterarbeiten, General v. Below sollte die militärische Leitung des Abschnittes übernehmen. Die Heerführer seien zugesichert, alles sei bereit gewesen, noch vor drei Tagen habe Below gesagt: „Ja, ich mache mit!“ Verpflegung und Löhnung für die Mannschaften war für drei Monate gesichert. In Weimar, bei der Besprechung der Generale, sei jedoch nun alles zusammengebrochen. Gröner habe sich zuerst freigemacht. Noske habe fünf Stunden lang gekämpft, bis er von zwei anderen so weit gebracht wurde, umzufallen. Diese beiden waren Erzberger und Hörsing. Letzterer habe im Geiste schon die Reaktion marschieren sehen, er habe Furcht gehabt, daß man den Spieß umdrehen und statt gegen Polen nach Berlin marschieren und den Kaiser auf den Thron setzen werde. Die vorige Regierung Scheidemann habe den Plan gehabt, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen und die Entente bis zur Elbe vormarschieren zu lassen. An der Elbe wollte man dann unterschiedenen Widerstand leisten. Auch dieser Plan sei zerbrochen, alles infolge Eifersüchteleien zwischen hohen Regierungsstellen und Generalen. Wenn Danzig denke, mit der Entente und Polen ein Bombengeschäft zu machen, so werde es sich irren, denn Königsberg werde einen Freihasen errichten und Danzig Konkurrenz machen. Die Verhandlungen seien bereits angetrübt.

Nachdem man in Berlin umgefallen sei, wären auch die Regierungspräsidenten und Landräte umgekippt; überall werde abgelassen. Batocki habe gesagt, das Militär müsse die Sache machen, das Militär habe aber gesagt, man müsse eine Regierung haben. Dies sei verhindert worden. Winnig sei nicht durch-

gedrungen, die Abgeordneten seien sogar daran verhindert worden, eine Kundgebung an die Bevölkerung zu erlassen. Below ist entlassen worden. Im letzten Augenblicke habe man jetzt noch den Versuch gemacht, mit den Polen zusammen einen Oststaat gründen zu wollen. Auf den Vorschlag der Deutschen Volksräte, sich mit den Polen in Posen zu verständigen, hätten die Polen geantwortet: „Das hättet Ihr vor zehn Jahren tun müssen.“ Am 25. Juni seien noch vier Herren im Kraftwagen nach Posen gefahren, um mit den Polen zu verhandeln. Es sei jedoch mehr als zweifelhaft, ob dabei etwas herauskomme. Im Süden der Provinz Westpreußen greife bereits der Bolschewismus um sich.

Der Redner schloß seine Ausführungen, die in der Versammlung das größte Aufsehen erregten, mit dem Hinweis darauf, daß er persönlich den Unteroffizieren keinen maßgebenden Rat geben könne. Er könne es nicht über sich bringen, zu sagen: Geht in das gewisse Elend oder in den Tod.

In der Aussprache brachten fünf Unteroffiziere ihre Meinung über das Für und Wider eines bewaffneten Widerstandes zum Ausdruck. Es herrschte die Meinung vor, sich hinter die Regierung zu stellen und keine Sonderaktionen zu unternehmen. Man dürfe sich nicht zu läbelkrassenden Komödianten machen und Phrasen schmieden, aus denen nachher nichts herauskomme.

Major Wagner vom Generalstabe des 17. Armeekorps bekannte sich zum Glauben an die Machtpolitik; ein Angriff auf Polen wäre die richtige Lösung gewesen. Jetzt bleibe natürlich nichts weiter übrig wie Gehorsam gegen die Regierung in Berlin. Zu warnen sei vor einer panikartigen Flucht aus den abgetretenen Gebieten. Zwischen den Generalstäben der deutschen und der polnischen Armee würden Räumungsfristen und Zonen vereinbart werden, und Sache der Truppe sei es, darüber zu wachen, daß diese Zonen ordnungsmäßig geräumt würden und die Polen nicht über sie hinaus vorstießen. Der Redner mahnte zur Ruhe, Würde, peinlichster Erfüllung aller Verpflichtungen, Anerkennung der Befehle höherer Kommandostellen und einer würdigen Haltung den Polen gegenüber.

Bezüglich der wirtschaftlichen Befürchtungen der Unteroffiziere betonte Herr Wittmeyer, daß man in der zu bildenden Ostrepublik im Falle eines erfolgreichen Vorgehens gegen Polen den Großgrundbesitz in Ost-, Westpreußen und Schlesien aufzuteilen gedachte, um Siedelungen für die Kriegsteilnehmer zu schaffen.

In seinem Schlußwort mahnte der Vorsitzende des Vereins und Leiter der Versammlung, Registrar Aeltermann, die Ruhe zu bewahren und den Friedensverpflichtungen nachzukommen. Man würde durch einen bewaffneten Widerstand, der Wahnsinn sei, durch eigene Schuld in Blut und Elend kommen und keiner würde später für die Unteroffiziere sorgen. Am 28. Juni werde in Berlin beim Reichsverbande eine Konferenz stattfinden, die sich mit den Maßnahmen betr. die Räumung des abzutretenden Gebietes durch die Unteroffiziersfamilien beschäftigen werde. Auf der Berliner Tagesordnung ständen die finanzielle Sicherstellung der Unteroffiziersfamilien, die zurückbleiben, die Sicherstellung des persönlichen Eigentums dieser Familien sowie die Bereitstellung von genügendem rollenden Material für die Räumung. Das Kriegsministerium habe sich bereits mit dem Eisenbahnministerium bezüglich der Zurverfügungstellung von ausreichendem rollenden Material in Verbindung gesetzt.

Mit einem Hinweis auf das heute nachmittag im Gutenberghain stattfindende Wohltätigkeitskonzert schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Dagegen wird festgestellt:

Herr Wittmeyer hat weder im Namen noch im Auftrage des Ausschusses der Volksräte gesprochen. Wir können nicht annehmen, daß Herrn Wittmeyers Ausführungen so lauteten, wie die „Danziger Zeitung“ berichtet hat, bemerken aber schon jetzt zu deren Bericht:

Die Deutschen Volksräte sind überall auf breiterer demokratischer Grundlage aufgebaut. Reaktionsäre Strömungen haben sie stets nicht nur abgewiesen, sondern aufs schärfste bekämpft. Die berichtete Oststaatspolitik war nicht Politik der Deutschen Volksräte, sondern der früheren Regierung. Der Ausschuß der Deutschen Volksräte hat sich selbstverständlich

nach Angabe der Winnigschen Erklärung vom 14. Juni hinter diese gestellt. Irgendwelche anderen Erklärungen in dieser Richtung sind dem Ausschuß der Volksräte weder durch Herrn Winnig, noch durch die Herren von Below, von Batocki, von Bülow oder Schnadenburg gegeben worden. Die Deutschen Volksräte haben zwar stets einen friedlichen Ausgleich mit den Polen erstrebt, es haben auch unverbindliche örtliche Besprechungen mit deutschen Mitbürgern polnischer Zunge stattgefunden, aber der Ausschuß der Deutschen Volksräte hat sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt.

Der Ausschuß der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens.

J. A.: gez. Dr. Kaufmann.

Erklärung des Herrn Wittmeyer.

Ostba, den 27. Juni 1919.

An die Redaktion der „Danziger Zeitung“.

Im Verfolge meines Schreibens vom 26. Juni bitte ich, nachfolgende Berichtigung Ihrer Berichterstattung vom 26. Juni über meine Ausführungen vor dem Verein der aktiven Unteroffiziere aufnehmen zu wollen:

1. Ich habe nicht erklärt: Die Volksräte seien nicht auf demokratischer Grundlage, sondern auf aristokratischer Basis organisiert gewesen.

Ich habe vielmehr ausgeführt: Wir sind bei der Ausführung unserer Bestrebungen vielerlei Angriffen ausgesetzt gewesen, trotzdem wir auf rein demokratischer Basis ohne Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit usw. aufgebaut sind. Fehler kommen allerwärts vor, und wenn an einigen Stellen zuerst Volksräte auf aristokratischer Basis organisiert gewesen sind, so hat sich das bitter gerächt, denn trotzdem man diesen Fehler alsbald beseitigt hat, sind uns von nichtunterrichteten Leuten reaktionäre, ja, sogar monarchistische Bestrebungen angedichtet worden.

2. Ich habe nicht gesagt: Die Volksräte wollten allerdings die Errichtung einer Ostrepublik, die nach einer Unterschrift des Friedensvertrages selbständig bewaffneten Widerstand leisten sollte. Heute stände man aber vor dem Zusammenbruch der Volksratsrepublik, denn alles sei wie in einem Kartenhaus zusammengebrochen. Da nach

diesem Zusammenbruch keine Veranlassung mehr vorliege, die Pläne, die man ausführen wollte, zu verschweigen, könne er, Redner, hierüber folgendes mitteilen: In der nördlichen Republik sollten Reichskommissar Winnig, usw. bis noch vor drei Tagen habe Below gesagt: „Ja, ich mache mit.“

Ich habe hingegen ausgeführt: Unsere Bestrebungen, unsere mühevollen, monatelangen Arbeiten zur Erhaltung des Deutschtums in den bedrohten Ostprovinzen sind von der Regierung nicht nur dauernd unterstützt, sondern weit überholt worden. So hat vor etwa vierzehn Tagen die Regierung durch den Mund des Reichskommissars Winnig erklären lassen, daß niemals unterschrieben und kein Fußbreit Land abgetreten werden würde. Besonders weise ich auf die letzten drei Absätze der Winnigschen Kundgebung hin, in welchen der Reichskommissar sagt, daß, falls diese Regierung durch eine andere ersetzt werden sollte, welche den Friedensvertrag unterschreibe, die Ostprovinzen mit der Waffe in der Hand sich wehren würden, um von hier aus das Deutsche Reich zu retten, und gelänge das nicht, die Ostprovinzen dem Deutschen Reich zu erhalten, und mißlänge auch dies, dann wenigstens in Ehren unterzugehen.

Auf dieser von der Regierung angegebenen Basis haben die Volksräte zur Rettung der Ostprovinzen gearbeitet, und es ist jetzt, nachdem die Friedensbedingungen bedingungslos angenommen sind, nicht der geringste Grund vorhanden, zu verschweigen, daß die Regierung schmählich unzufrieden ist.

Falls es zu einem bewaffneten Widerstand der Bevölkerung und der Truppen gegen die Polen gekommen wäre, dann hätten in diesem deutschen Oststaate die Oberpräsidenten der beteiligten Provinzen, Batocki, Schnadenburg und Bülow, die politische Regierung behalten und unter dem Reichskommissar Winnig die Geschäfte weiterführen müssen.

Für die Kampfhandlungen hat man an einen Führer denken müssen, und so hatte man alle Hoffnungen auf den Kommandierenden des 17. Armeekorps, Erzellenz v. Below, gesetzt; dieser wird wohl noch vor drei Tagen bereit gewesen sein, die Führung

zu übernehmen, aber die Regierung ist soweit ungeschickt, daß sie Excellenz v. Below den Abschied mit gesetzlicher Pension erteilt hat. (Ich bemerkte nachträglich hierzu, daß ich Excellenz v. Below hiernach zu fragen gar keine Gelegenheit hatte und mithin von ihm auch die unterste Antwort nicht habe bekommen können.)

3. Ich habe nicht gesagt: Im letzten Augenblick habe man jetzt noch den Versuch gemacht, mit den Polen zusammen einen Oststaat gründen zu wollen. Auf den Vorschlag der Deutschen Volksräte, sich mit den Polen in Posen zu verständigen, hätten die Polen geantwortet: „Das hättet ihr vor zehn Jahren tun müssen.“ Am 25. Juni seien noch vier Herren im Kraftwagen nach Posen gefahren, um mit den Polen zu verhandeln, usw.

Gesagt habe ich vielmehr: Seit langer Zeit voraussehend, daß die Regierung ihr Unannehmbar doch nicht verwirklichen würde, hatten Mitglieder der Deutschen Volksräte mit führenden Polen Westpreußens unverbündlich verhandelt, um einen Ausgleich zu erzielen, und, statt unter Warschauer Regierung zu kommen, sich in einem demokratischen

Oststaate zu einen. Es ist aber in den polnischen Blättern immer wieder gesagt worden: „Vor zehn Jahren hättet ihr damit kommen müssen und keinen Sozialismus treiben sollen!“ Trotzdem sind noch im letzten Augenblick westpreussische Polen an Volksratsmitglieder herangetreten, um unverbündlich mit ihnen zu verhandeln. So sind am 25. Juni vier deutsche Polen im Kraftwagen nach Posen gefahren, um mit dortigen Führern zu verhandeln.

Ich bemerkte noch, daß noch in vielen anderen Punkten Ihre Berichterstattung inhaltlich wie dem Sinne nach von meinen am 25. Juni gemachten Ausführungen abweicht und daher Vermutungen zuläßt, die aufkommen zu lassen ich weder berechtigt war noch beabsichtigt habe. Dieses zu betonen, bin ich um so mehr verpflichtet, als ich zwar Mitglied des Ausschusses der Volksräte bin, aber auf Wunsch einer privaten wirtschaftlichen Vereinigung, nämlich des Bundes der aktiven Unteroffiziere, meine persönliche Auffassung wiedergegeben habe.

Hochachtungsvoll

gez. Wittmeyer.

## Pressstimmen

### I. Deutsche Presse

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 27. Juni  
Nr. 302.

#### Die Kriegsbelastung Polens.

**Besserstellung der strittigen Gebiete?** Von polnischer Seite wird mit großem Nachdruck bei der Agitation für die Abstimmung zugunsten der Polen darauf hingewiesen, daß der Übergang an Polen aus wirtschaftlichen Gründen im dringenden Interesse der Bevölkerung liege.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die agitatorische Behauptung der Polen, sie bräuchten keine Kriegslasten zu tragen, nicht zutrifft. Zwar ist richtig, daß der Friedensvertrag, wie die Entente ihn uns vorgelegt hat, die Polen nur mit einem Anteil an der

vor dem Kriege vorhandenen Staatsschuld belastet. Es muß von deutscher Seite selbstverständlich mit allem Nachdruck verlangt werden, daß Polen für die abzutretenden Gebietsteile auch einen entsprechenden Anteil der deutschen Kriegsschulden übernimmt. Aber selbst wenn dies nicht gelingen sollte, wird Polen doch in erheblichem Maße durch Kriegslasten getroffen werden. Nach zuverlässigen Mitteilungen hat die französische Regierung an die Polen das Ansinnen gestellt, 25 Milliarden Franken Anteil an den französischen Kriegslasten zu übernehmen. Außerdem sollen die Polen dem Vernehmen nach auch einen wesentlichen Teil der russischen Schulden übernehmen, und zwar wird behauptet, daß es sich um 11 Milliarden Rubel handelt. Zu diesen Schulden kommen die nicht unerheblichen Kosten, die die Polen

aus ihrer gegenwärtigen Kriegstätigkeit an allen Fronten zu zahlen haben.

Neben diesen Lasten, die ohne weiteres vom kommenden polnischen Staat bei Friedensschluß schon zu tragen sind, kommen die großen Ausgaben in Betracht, die dem polnischen Staat bevorstehen, wenn er daran gehen muß, in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung den gegenwärtigen Tiefstand Kongreßpolens zu heben. Es ist bekannt, daß das Eisenbahnetz und das Straßennetz in Kongreßpolen auf einer äußerst tiefen Stufe stehen. In kultureller Beziehung marschiert Polen mit 680 Analphabeten auf 1000 Einwohner so ziemlich an letzter Stelle in Europa. Das Volksschulwesen ist in Rußisch-Polen ganz außerordentlich gering entwickelt. Es entfallen dort auf 1000 Einwohner 36 Volks- und 4 Mittelschüler gegenüber 201 Volks- und 6 Mittelschülern in der Provinz Posen. Polen wird also auch in kultureller Beziehung vor ganz außerordentlich großen Aufgaben stehen und sehr beachtliche Mittel anwenden müssen, wenn die Bevölkerung in Kongreßpolen auf die westeuropäische Kulturstufe gehoben werden soll.

Bei der Armut Kongreßpolens ist aber nicht daran zu denken, daß der Staat die Mittel für diese wirtschaftlichen und kulturellen Zwecke dort aufbringen kann. Der Träger der Last wird im Gegenteil überall der gegenüber Kongreßpolen hoch entwickelte aus dem bisherigen preußischen Gebiet stammende Teil sein. Die Milliardenschulden, die Polen zugunsten der gedachten Zwecke aufnehmen muß, werden also voraussichtlich auf den bisher preußischen Gebietsteilen ruhen, während die ganzen Vorteile der Aufwendungen naturgemäß Kongreßpolen zufallen werden. Während bisher die preußischen Provinzen Westpreußen und Posen in ausgesprochenem Grade Zuschußprovinzen waren und ganz überwiegend auf Kosten der übrigen Provinzen lebten, werden sie künftig umgekehrt die Steuerquellen für Kongreßpolen bilden.

## 2. Polnische Presse

„Dziennik Berlinski“ (Berlin) Nr. 136 vom 19. Juni 1919.

In den Zeitungen sind Informationen erschienen, die alle Anzeichen halb-

amtlicher Nachrichten tragen und die beabsichtigten Ernennungen von Vertretern der Republik im Auslande betreffen. Den überwiegenden Teil der genannten Namen bilden Fürsten und Grafen, die entweder mit dem polnischen Leben gar nicht verbunden sind oder doch bis vor kurzem noch tätig teilnahmen an einer Versammlungspolitik gegenüber den Teilmächten und an einer Bekämpfung der Unabhängigkeitsbestrebungen. An der Spitze jener Liste, als eventueller Botschafter in London, steht Eustachius Fürst Sapieha, welcher den operettenähnlichen „Staatsstreich“ im Januar dieses Jahres vollführte, derselbe, welcher im Augenblicke, als die russischen Truppen Litauen besetzten, militärische Verschwörungen unter den Offizieren bildete, welche die Grenzen des Landes schützen sollten.

Eine derartige Zusammenstellung der ausländischen Vertretung der Republik wäre ein unerhörter Skandal, war eine Provokation der Arbeiterklasse und der ganzen polnischen Demokratie.

Angesichts des Vorstehenden und angesichts dessen, daß die Regierung vernachlässigt hat, die Landtagskommission für ausländische Angelegenheiten über eine derartig wichtige Angelegenheit ihrerseits zu informieren, fragen wir den Ministerrat hiermit an:

1. ob die Liste, welche in der Presse veröffentlicht wurde, den Tatsachen entspricht?

2. Wenn ja, ob die Regierung bereit sei, die Motive vor dem Landtag zu rechtfertigen und zu erklären, welche sie bei der Zusammenstellung einer derartigen merkwürdigen Liste von Personen der ausländischen Vertretungen Polens geleitet haben? . . .

„Przykiel Indu“ (Graudenz) Nr. 134 vom 27. Juni 1919.

Verhaftungen von Deutschen in Polen.

Aus Warschau berichtet ein Funktelegramm, daß die Polen 5000 in Polen ansässige Deutsche verhaftet haben. Es ist dies angeblich die Vergeltung für die zahlreichen

Verhaftungen von Polen und Geistlichen in Westpreußen und Schlesien, welchen man nicht nur kein Verbrechen, aber auch keinen Fehltritt vorwerfen kann. „Für einen Polen werden zehn Deutsche verhaftet werden.“ Dies hat seinerzeit die polnische Regierung bekannt gegeben.

„Gazeta Olsztynska“ (Allenstein) Nr. 75  
vom 28. Juni 1919.

Am ersten Stelle bringt die Zeitung einen Aufruf, betitelt „Deutsche Mitbürger“ in deutscher Sprache, ähnlich dem, wie er bereits im „Dziennik Bydgoski“ und anderen Zeitungen erschienen ist.

#### Volksabstimmung vor dem 1. Oktober.

Aus englischen Quellen wird mitgeteilt, daß die Angliederung derjenigen Ländereien, welche uns ohne Volksabstimmung zuerkannt wurden, spätestens bis zum 15. September stattfinden wird. Die Volksabstimmung dagegen im Ermland, Masowien, Ostpreußen, Oberschlesien soll am 1. Oktober erledigt sein.

Dann erst wird man nach gemeinsamer Beschlußfassung der Ententevertreter über die Demobilisierungsfrage sprechen können.

Wie bekannt, ist in den Friedensbedingungen die Zeit der Abstimmung nicht genannt worden.

Da erst gestern in Paris über die Grundlage der Volksabstimmung verhandelt worden sein soll, so scheint es uns, daß vorstehende Mitteilung sehr unwahrscheinlich ist.

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 144  
vom 26. Juni 1919.

Die Änderung der politischen Lage fordert von uns gleichfalls eine Änderung unserer Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung. Die Unterlagen, auf welche unsere Politik sich bisher stützte, haben mit dem Augenblick der Annahme der Friedensbedingungen durch Deutschland aufgehört zu existieren. Bisher waren wir nämlich im Deutschen Reich eine regierte Bevölkerung, d. h. ein Objekt, an welchem die fremde Staatsmacht ihre Experimente ausführte. Von jetzt ab sollen wir ein Subjekt sein, d. h. ein Staat

und staatsbildender Faktor, dessen Aufgabe es sein wird, sich nicht nur um das Wohl unserer Stadt und Provinz, sondern auch des ganzen großen Reiches zu bemühen.

Die Deutschen haben uns gegenüber eine Politik geführt, welche wir heute nicht näher zu bezeichnen brauchen, weil sie bereits zur Vergangenheit gehört. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir infolge dieser Politik viel gelitten haben, andererseits ist es aber auch sicher, daß dieselbe für uns ihre guten Seiten hatte. Niemand anders, als die gegenpolnische Politik hat es zustande gebracht, daß wir heute eine sehr starke, innerlich zusammengeschlossene Allgemeinheit bilden, welche durch einen ganzen Abgrund einer Bedrückung von den Deutschen abgesondert ist. Sie hat es auch fertig gebracht, daß wir im Deutschtum nicht untergegangen sind, und daß unter den schwersten Bedingungen die breiten Massen des polnischen Volkes nationale Aufklärung und Geistesstärke erkämpften. Das Reich konnte uns nicht verdauen.

Heute wissen wir, daß das preussische Reich, vom staatlichen Standpunkte aus gesehen, einen großen Fehler begangen hat, indem es uns unterdrückte. Wir wollen also aus den historischen Erfahrungen lernen und wollen nicht denselben Fehler wiederholen, und wir werden uns überzeugen, daß die deutsche Bevölkerung sich bald mit dem polnischen Staatsstum zufrieden geben wird.

Wir verlangen nicht und werden es von den Deutschen nie verlangen, daß sie Polen werden sollen. Eine derartige Forderung wäre unmoralisch. Wir haben einzig und allein das Recht, von ihnen zu fordern, daß sie loyale Bürger des Reiches sind, und außerdem können sie gute Deutsche bleiben.

Diese unsere Stellungnahme sollen die Deutschen kennen, damit die Unruhe um ihre Zukunft ihnen ihre Stellung während der Übergangszeit nicht erschwert. Es ist dies übrigens nicht

Neues, denn auf der Basis der Prinzipien, welche während des Teilgebietslandtages in Posen beschlossen wurden, stehen alle polnischen Behörden. Die Deutschen sind jedoch zu wenig darüber informiert, denn ihre Zeitungen haben in dieser Hinsicht zu viel gesündigt.

Dies ist auch die Stellungnahme der Verwaltung des hiesigen polnischen Volksrates gegenüber der Verwaltung der „Deutschen Vereinigung“, und die gestrige Plenarversammlung des polnischen Volksrates hat einstimmig ihr Einverständnis mit derselben erklärt.

Auf dieser Grundlage ist eine gegenseitige Verständigung möglich, welche uns Blutvergießen ersparen wird, das schon in Aussicht stand. Das Vermeiden einer blutigen Auseinandersetzung ist ebenso im politischen wie im deutschen Interesse erwünscht, denn was heute den Polen begegnet würde, das würde sich morgen gewiß an den Deutschen rächen. Das gemeinsame Zusammenleben würde gewiß für lange Jahre unmöglich gemacht werden, und dadurch würde am meisten die deutsche Bevölkerung leiden, indirekt aber auch das Interesse des jungen Staatsgebildes.

Eine Verständigung liegt also im Interesse beider Parteien. Das wird von den Deutschen anerkannt, wenn auch mit schwerem Herzen, was übrigens verständlich ist. Den Beweis ihres guten Willens werden sie uns geben, wenn sie die Aufheker zum Schweigen bringen, welche nicht aufhören zu träumen von einem bewaffneten Widerstand und Blutvergießen. Unsererseits fehlt es nicht an gutem Willen.

In der Aula der Knabenmittelschule hat gestern eine Volksversammlung stattgefunden, die von der Deutschen Vereinigung einberufen worden war. Die einzelnen Redner, wie Kleinow, Jahn und andere, besprachen die jetzige Lage und forderten in ruhiger Weise zur Vernunft auf. Ein Teil der Versammelten gab

deutlich seine Unzufriedenheit mit einer derartigen Stellungnahme der Führer zu erkennen.

(Soweit der „Dziennik Bydgoski“. Man möchte nur wünschen, daß die in dem vorstehenden Aufsatz vertretene Meinung in weitesten polnischen Kreisen zum Durchbruch kommt und von den vernünftigeren Elementen des polnischen Volkes mit starker Ehrlichkeit auch gegen diejenigen vertreten wird, die aus innerstem chauvinistischen Trieb, in wildem Siegestaumel, alles deutsche Wesen mit Gewalt ausrotten möchten. Der Wille zur Verständigung ist bei den Deutschen in der Ostmark vorhanden, er kann aber nur dann zur segensreichen Auswirkung kommen, wenn der Unterdrückungs- und sogenannten Vergeltungspolitik der polnischen Regierung und ihrer unteren Organe gegenüber den Deutschen in Kongregpolen und Posen unverzüglich Einhalt getan wird. Solange die Maßnahmen der polnischen Behörden in so schroffem Widerspruch stehen mit den vielangewendeten Versprechungen von Gerechtigkeit und Duldsamkeit, werden die Deutschen in der Ostmark ein allertiestes Mißtrauen nicht überwinden. Den Schaden, der dadurch entsteht, daß die als Staatsbürger zweiter Klasse behandelten Deutschen sich widerwillig in die neuen Verhältnisse einfügen und ihre wertvollsten Kräfte in der Absonderung für sich behalten, trägt der Staat. Möge der „Dziennik Bydgoski“ an seinem neugewonnenen Standpunkte festhalten, er wird auf diese Weise mehr erreichen als die Anhänger der Gewalt.)

\* \* \*

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 145 vom 27. Juni.

#### Unbegründete Gerüchte.

In der Stadt kreisen Gerüchte, daß Verhandlungen zwischen den Polen und Deutschen in Sachen der Bildung einer Ostrepublik aus unseren Gebieten nach einem deutschen Plane stattfinden. Diese Gerüchte haben nicht die kleinste Unterlage, kein Pole wird zu einer solchen Kombination seine Hand reichen, am allerwenigsten aber der polnische Volksrat.

\* \* \*

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 146  
vom 28. Juni 1919.

Unter dem Titel  
„Polnisch-deutsche Verständigung in Thorn“  
bringt die Zeitung die diesbezügliche Mit-  
teilung aus der „Gazeta Torunsta“ und  
sagt dazu:

Wie wir sehen, haben die Verhandlungen  
in Thorn bereits ein gewisses Resultat ge-  
zeitigt. Bei uns in Bromberg geht diese  
Angelegenheit nicht so glatt vor sich, was  
teilweise auch daraus folgt, daß die Ver-  
hältnisse hier mehr gespannt sind.

Es erschweren auch die Verständigung,  
welche wenigstens für die Übergangszeit eine  
sehr wichtige Bedeutung haben könnten, ge-  
wisse Leute, welche unkluge Klatschereien  
verbreiten, als ob der polnische Volksrat  
mit den Deutschen ein Teufelmechtel im  
Sinne einer „Ostrepublik“ habe, ferner be-  
züglich der Ernennung oder auch Belassung  
der Beamten usw. Es sind das alles grund-  
lose Klatschereien, welche erfunden worden  
sind von Leuten, die keine andere Beschäfti-  
gung haben. Der polnische Volksrat, wenn  
er sich überhaupt in Verhandlungen mit den  
Vertretern der „Deutschen Vereinigung“ ein-  
gelassen hat, hat es nur deshalb getan, daß  
unserer Stadt blutige Abenteuer erspart  
bleiben. Übrigens ist nicht nur die Ver-  
waltung, sondern auch der ganze polnische  
Volksrat in dieser Sache einig, wie sich das  
auf der Plenarsitzung am Dienstag ge-  
zeigt hat.

Wir warnen dringend vor Klatschereien  
und Klatschern, welche unserer Sache nur  
schaden können.

\* \* \*

„Gazeta Torunsta“ (Thorn) Nr. 144  
vom 29. Juni 1919.

#### Eine Delegation aus Thorn in Posen.

Die Thorer Deutschen haben sich durch  
Vermittlung ihres „Volksrates“ an den  
polnischen Volksrat in Thorn in Sachen des  
weiteren Zusammenlebens der Einwohner  
beider Nationalitäten gewandt. Die Polen  
antworteten, daß sie auf eigene Hand keine  
Verhandlungen führen können. Man wurde  
einig, daß mit Genehmigung der polnischen  
Behörden in Posen und in Danzig, an die  
man sich wandte, am Sonnabend früh eine  
Abordnung von Thorn nach Posen reiste. Von  
polnischer Seite sind mitgefahren die Herren  
Szumann, Kłosinski und Dr. Dandelski aus  
Thorn, deutscherseits der Oberforsttrat Voewe  
und der Domänenpächter Haßbach.

Das Resultat ist abzuwarten.

\* \* \*

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 147  
vom 29. Juni 1919.

Nach Posen ist heute eine polnisch-deutsche  
Kommission gereist, um die Fragen zu be-  
sprechen, welche aus der Änderung der Lage  
unserer Gebiete entstehen. Von polnischer  
Seite gehören zu dieser Kommission die  
Herren Dr. Biziel, A. Czarnicki, Szymann  
aus Korolewo und J. Teska, deutscherseits  
die Herren Dr. Pfeiler (Deutsche Vereinigung)  
und Wolff (Vorsitzender des Kartells  
sozialistischer Vereinigungen). Die Kommission  
hat mit einem Auto die Front passiert  
mit spezieller Genehmigung der Militär-  
behörden.

## Kleine Nachrichten

### Ein Aufruf der Reichsregierung

An das deutsche Volk!

Die Reichsregierung hat mit der Zu-  
stimmung der Nationalversammlung er-  
klärt, den Friedensvertrag zu unterschreiben,  
schwersten Herzens, unter dem Druck der

rücksichtslosesten Gewalt, nur in dem einen  
Gedanken, unserem wehrlosen Volke neue  
Kriegsopfer und Hungerqualen zu ersparen.

Der Friede ist geschlossen! Nun wahr  
und sichert den Frieden! Das erste Er-  
fordernis ist: Vertragserfüllung!

Jede Anstrengung muß an die Erfüllung dieses Vertrages gesetzt werden; soweit er ausführbar ist, muß er ausgeführt werden! Nimmer werden wir derer vergessen, denen die Abtretung droht. Sie sind Fleisch von unserem Fleisch. Wir werden für sie eintreten, wo wir können, wie für uns selbst. Aus dem Staatsverband können sie gerissen werden, aber nicht aus unserem Herzen.

Das zweite Erfordernis ist Arbeit!

Die Lasten dieses Friedens können wir nur tragen, wenn keine Hand müßig ist. Für jede nicht erfüllte Leistung können die Gegner mit Vormarsch oder Blockade antworten. Wer arbeitet, verteidigt den heimischen Boden.

Das dritte Erfordernis heißt: Pflichttreue!

Wie wir trotz aller Gewissensnot auf dem Posten geblieben sind, so muß es jeder einzelne machen! Der Soldat, und zwar Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, der Beamte, jeder muß um des Ganzen willen seiner Pflicht treu bleiben, auch in diesen bösesten aller bösen Tagen. Man zwingt uns, Deutsche an feindliche Gerichte auszuliefern. Wir haben uns bis zum Äußersten dagegen gewehrt. Für die tiefe Erbitterung unserer braven Truppen haben wir volles Verständnis. Aber wenn nicht Offizier und Mann jetzt noch fester für innere Ordnung eintreten helfen, so liefern wir nicht nur ein paar Hundert, sondern Millionen von Landsleuten aus und zwar der Okkupation, der Annexion, dem Terror! Deutschland muß lebensfähig bleiben. Ohne innere Ordnung keine Arbeit! Ohne Arbeit keine Vertragserfüllung! Ohne Vertragserfüllung keinen Frieden, sondern Wiederaufnahme des Krieges!

Wenn wir nicht alle mithelfen, ist die Unterschrift unter dem Vertrage wertlos, dann kann es keine Erleichterungen, keine Revisionen und kein schließliches Abtragen der ungeheuerlichen Lasten geben. Was heute an Tagen veräußert wird, kann unsere Kinder Jahre der Knechtung kosten. Von heute müssen Volk und Regierung an die Arbeit gehen. Es darf keine Pause geben und kein Weisheitestehen. Es gibt nur einen Ausweg aus der Finsternis dieses Vertrages:

Erhaltung von Reich und Volk durch Einigkeit und Arbeit.

Helft uns dazu, Männer und Frauen!

Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung:

Bauer. Erzberger. Hermann Müller.

Dr. David. Dr. Mayer. Wissell. Robert Schmidt. Koske. Giesberts. Dr. Well. Schlicke.

## Deutscher Protest gegen polnische Willkür

Berlin, 28. Juni. Da die Polen fortfahren, deutsche Männer und neuerdings sogar Frauen zu internieren, wurde von seiten der Waffenstillstandskommission in Berlin an den französischen General Dupont folgendes Schreiben gerichtet:

„Im Anschluß an die Note vom 27. Juni, worin ich mitteilte, daß nach zahlreichen hier eingelaufenen, aus zuverlässiger Quelle stammenden Nachrichten die Polen alle deutschen Männer über siebzehn Jahre interniert und verschleppt haben, beehre ich mich, Eurer Exzellenz im Auftrage des Reichsministers Erzberger noch folgendes zur Kenntnis zu bringen: Die Internierung der Deutschen in Polen soll sich nicht nur auf die Männer, sondern sogar auch auf die Frauen erstrecken. Einige davon betroffene, sehr bekannte Persönlichkeiten wurden der Waffenstillstandskommission bereits namentlich genannt. In Brest-Litowsk, Nowel und Nowo Georgiewsk wurden Konzentrationslager hierfür vorbereitet. Die preussische Regierung wandte sich in einem Funkpruch an den Obersten Polnischen Volksrat mit der Mitteilung, daß sie sich genötigt sehen wird, zum Schutze der Deutschen gegen weitere Gewalttätigkeiten zu Maßnahmen zu schreiten, die die polnische Bevölkerung auf preussischem Gebiete hart betreffen müssen, wenn nicht von seiten des Obersten Polnischen Volksrats binnen drei Tagen eine befriedigende Aufklärung erfolgt. Die begreiflicherweise schon ohnehin verzweifelte Stimmung der deutschen Bevölkerung hat sich zur Siedehitze gesteigert, und alle Beruhigungsversuche der deutschen Regierung müssen an einer solchen Grausamkeit und Willkür der Polen illusorisch werden.“

Die deutsche Regierung sieht sich daher veranlaßt, gegen diese jeder Menschlichkeit höhnsprechende Willkür schärfsten Protest zu erheben. Sie würde sich, falls die Polen die verschleppten Deutschen nicht umgehend in die Heimat zurückführen sollten, genötigt sehen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Ehe jedoch die deutsche Regierung diesen Schritt unternimmt, wäre ich Eurer Excellenz dankbar, wenn Sie mir baldmöglichst Aufschluß über das Obenerwähnte zukommen ließen. Es wäre sehr zu wünschen wenn es dem Einfluß Eurer Excellenz gelänge, die Polen von ihrem verwerflichen Vorgehen abzubringen, um so bedauerenswerten Vorkommnissen vorzubeugen. Im Auftrage des Reichsministers Erzberger darf ich Eure Excellenz um beschleunigte Mittheilung ersuchen.

Genehmigen Eure Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) von Brentano.

### Eine polnische Toleranzverpflichtung

Der Bevollmächtigte Polens, Paderewski, wurde gestern vom Biererrat empfangen und unterzeichnete ein Schriftstück, das Polen zur Anerkennung der konfessionellen Gleichberechtigung seiner Bewohner sowohl hinsichtlich des Kultus wie auch des Unterrichts verpflichtet. Es kommt hier vor allen Dingen der von Wilson geforderte Schutz der jüdischen Rasse in Betracht. „Dtsch. Allg. Ztg.“ vom 30. Juni Nr. 300.

**Rücktritt des Oberpräsidenten von Westpreußen.** Der erst seit wenigen Wochen im Amte befindliche Oberpräsident von Westpreußen, der frühere Altonaer Oberbürgermeister Schnackenburg, hat sein Amt niedergelegt. Gestern nachmittag wurde in Danzig folgende Aufforderung des Oberpräsidenten veröffentlicht:

Westpreußen! Als ich mein Amt übernahm, war ich der festen Überzeugung, daß der uns angebotene Schmachtfriede die gebührende Ablehnung erfahren würde, daß nimmermehr unser gut deutsches Land den Polen ausgeliefert werde. Ich hoffte, nach Ablehnung gemeinsam mit euch mein Bestes und Letztes hergeben zu können, um Westpreußen vor dem Schlimmsten zu bewahren. Die Annahme des Friedensangebotes und damit die Aufgabe des größten Theiles der Provinz stellen mich vor die Pflicht, eine Politik der Staatsregierung zu vertreten, zu der ich im entschiedensten Gegensatze stehe, um bei der Auslieferung meiner Heimat mitzuwirken. Das kann und will ich nicht. Ich habe daher der Staatsregierung den Rücktritt von meinem Amte erklärt, werde jedoch auf meinem Posten ausharren, solange es mir irgend möglich ist. Ich rufe euch zu: Glaubt trotz dem alle fest an eure Zukunft. Das ungeheure Unrecht, das euch jetzt angetan wird, kann unmöglich Bestand haben.“ „Germania“ Nr. 282 vom 25. Juni.